



Dienstag, 01. Dezember 2020, 15:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Klare Diagnose

Ärzte und Gesundheitsfachleute aus Belgien fordern ein Ende der Corona-Politik und warnen vor den Folgen, wenn diese fortgesetzt wird.

von Tilo Gräser
Foto: Lightspring/Shutterstock.com

Mit klaren Worten haben sich belgische Mediziner und Experten an die Öffentlichkeit und die Politik gewandt. Sie kritisieren in einem Offenen Brief scharf die politisch verordneten Anti-Corona-Maßnahmen, die

nach ihrer Meinung mehr schadeten als nutzten. Neben einer offenen Debatte mit allen relevanten Experten fordern sie ein Ende der Maßnahmen. Ebenso verlangen sie, dass die demokratischen Strukturen sowie alle bürgerlichen Rechte und Freiheiten der Menschen wieder in Kraft gesetzt werden. Die belgischen Ärzte und Fachleute belegen ihre Aussagen mit zahlreichen Quellen. Ihr Offener Brief hat inzwischen internationale Zustimmung erfahren. Unterdessen werden in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin kritische Sichtweisen medial unter Beschuss genommen und diffamiert.

Eine Gruppe belgischer Ärzte und Fachleute aus dem

Gesundheitsbereich setzt sich seit geraumer Zeit für eine wirklich offene Debatte über die Covid-19-Pandemie ein: die „Docs4opendebate (<https://docs4opendebate.be/>)“. In einem Offenen Brief (<https://docs4opendebate.be/de/offener-brief/>) wandten sie sich am 5. September dieses Jahres „an alle belgischen Behörden und alle belgischen Medien“. Darin forderten sie eine politische Kurskorrektur einschließlich des Stopps aller Anti-Corona-Maßnahmen. Der Brief hat inzwischen europaweit Resonanz erfahren und wird international von Medizern und Medizinwissenschaftlern unterstützt.

Ihre Forderungen sind nicht nur für Belgien gültig, sondern entsprechen auch der Situation in anderen Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland. Die belgischen Mediziner sprechen sich unter anderem für „eine offene Debatte, in der alle Experten ohne jede Form von Zensur vertreten sind“, aus. „Wir fordern die Politiker auf, unabhängig und kritisch über den

Entscheidungsprozess und die obligatorische Durchführung von Corona-Maßnahmen informiert zu werden.“ Und:

„Wir fordern ein Ende aller Maßnahmen und verlangen die sofortige Wiederherstellung unserer normalen demokratischen Regierungs- und Rechtsstrukturen und aller unserer bürgerlichen Freiheiten.“

Was im September veröffentlicht wurde, könnte angesichts der aktuellen offiziell steigenden Zahlen und Daten im Zusammenhang mit der laut Weltgesundheitsorganisation WHO durch das Virus Sars-Cov-2 ausgelösten Krankheit Covid-19 überholt erscheinen. Doch die belgischen Mediziner weisen nach, dass die Zahlen und Daten schon in der „ersten Welle“ im Frühjahr nicht die tatsächliche Situation wiedergaben.

Normale Infektionswelle

Nach der anfänglichen Alarmsituation zu Jahresbeginn haben aus ihrer Sicht die objektiven Fakten gezeigt: „Der Verlauf von Covid-19 folgte dem Verlauf einer normalen Infektionswelle, ähnlich einer Grippesaison.“ Nur, weil der unspezifische PCR-Test eingesetzt wurde, habe es einen vermeintlich exponentiellen Anstieg im Frühjahr gegeben. Die Mediziner kritisieren die Testmethode als unzureichend für eine Diagnose und stellen fest:

„Da ein positiver PCR-Test nicht automatisch auf eine aktive Infektion oder Infektiosität hinweist, rechtfertigt dies nicht die sozialen Maßnahmen, die allein auf diesen Tests beruhen.“

Die belgischen Ärzte belegten ihre Aussagen im Offenen Brief mit Quellenangaben, so jene, dass der Rückgang der gemeldeten Infektionen „nicht das Ergebnis der ergriffenen Maßnahmen“ war. Sie gingen ebenso auf die wichtige Funktion des Immunsystems zur

Abwehr von Krankheitserregern ein und warnten: „Übertriebene Hygienemaßnahmen wirken sich nachteilig auf unser Immunsystem aus.“ Nur Menschen mit einem schwachen oder fehlerhaften Immunsystem sollten durch umfassende Hygiene oder soziale Distanzierung geschützt werden.

Im September schrieben sie bereits: „Die Grippe wird im Herbst (in Kombination mit Covid-19) wieder ausbrechen und eine mögliche Abnahme der natürlichen Widerstandsfähigkeit könnte zu weiteren Opfern führen.“ Wichtig sei deshalb, die natürliche Immunität der Menschen zu stärken.

„Prävention ist ein wichtiger, ungenügend hervorgehobener Pfeiler: gesunde, vollwertige Ernährung, Bewegung an der frischen Luft ohne Maske, Stressabbau und die Pflege emotionaler und sozialer Kontakte.“

Die soziale Isolation und der wirtschaftliche Schaden infolge der politisch durchgesetzten Beschränkungen der Gesellschaft führten laut den Ärzten dagegen zu einer Zunahme von Depressionen, Angstzuständen, Selbstmorden und Gewalt in Familien. „Studien haben gezeigt, dass Menschen umso resistenter gegen Viren sind, je mehr soziale und emotionale Verpflichtungen sie haben. Es ist viel wahrscheinlicher, dass Isolation und Quarantäne fatale Folgen haben.“ Das gelte besonders für ältere Menschen.

Geringere Sterblichkeitsrate

Die belgischen Ärzte stellten fest, dass die Sterblichkeitsrate von Covid-19 „um ein Vielfaches geringer als erwartet“ ist. Sie entspreche „in etwa der einer normalen saisonalen Grippe (0,1 bis 0,5 Prozent)“. Die Zahl der registrierten Corona-Todesfälle werde immer noch überschätzt, so die Mediziner:

„Es besteht ein Unterschied zwischen dem Tod durch Corona und dem Tod mit Corona. Der Mensch ist oft gleichzeitig Träger mehrerer Viren und potenziell pathogener Bakterien. Berücksichtigt man die Tatsache, dass die meisten Menschen, die schwere Symptome entwickelten, unter einer zusätzlichen Pathologie litten, kann man nicht einfach schlussfolgern, dass die Corona-Infektion die Todesursache war. Dies wurde in den Statistiken meist nicht berücksichtigt.“

Belgien sorgte im Frühjahr für Aufsehen, da das Land beim Verhältnis der Zahl von sogenannten Corona-Toten zur Gesamtbevölkerung weltweit auf Platz 1 stand. Die Ursache war aber nicht eine besonders gefährliche Sars-Cov-2-Mutation, sondern **laut Süddeutsche Zeitung (SDZ)** (<https://www.sueddeutsche.de/politik/belgien-der-verdacht-genuegt-1.4884888>) vom April 2020 das:

„In Belgien erscheinen nicht nur jene Toten in der Statistik, die positiv auf das Coronavirus getestet wurden. Sondern auch all jene, bei denen lediglich ein Verdacht besteht, es könne einen Zusammenhang mit dem Virus geben.“

Die belgischen Mediziner und Gesundheitsexperten wiesen in ihrem Offenen Brief darauf hin, dass es inzwischen verlässliche Therapien für Covid-19-Erkrankte gebe und fügten hinzu:

„Es handelt sich also nicht um ein Killervirus, sondern um einen gut behandelbaren Zustand.“

Ebenso machten sie darauf aufmerksam, dass eine Ansteckung im Freien nicht möglich ist. Studien zeigten nach ihren Worten, „dass gesunde Menschen (oder positiv getestete asymptomatische Träger) praktisch nicht in der Lage sind, das Virus zu übertragen. Gesunde Menschen gefährden sich also nicht gegenseitig.“ Das stelle „die gesamten Maßnahmen der sozialen Distanzierung und der

obligatorischen Masken für gesunde Menschen ernsthaft in Frage – dafür gibt es keine wissenschaftliche Grundlage.“

Unwirksame Masken

Ebenso hoben sie hervor, dass die Mund-Nasen-Bedeckungen, die sogenannten Alltagsmasken, bei gesunden Personen gegen die Ausbreitung von Virusinfektionen unwirksam sind. Dagegen ist nach ihren Angaben das Tragen von Masken nicht ohne gesundheitliche Nebenwirkungen, vor denen die Mediziner warnen. Sie kritisieren, dass die Maßnahmen das gesamte gesellschaftliche Leben einschränken, während die sogenannten Risikogruppen klar eingrenzbar seien und gut geschützt werden könnten.

Was die Ärzte und Gesundheitsexperten für Belgien feststellten, gilt auch für die Bundesrepublik:

„Die Corona-Maßnahmen bilden einen markanten Kontrast zu der bisher von der Regierung verfolgten Minimalpolitik, wenn es um fundierte Maßnahmen mit nachgewiesenen gesundheitlichen Vorteilen wie der Zuckersteuer, dem Verbot von (E-)Zigaretten und darum geht, gesunde Ernährung, Bewegung und soziale Unterstützungsnetze finanziell attraktiv und allgemein zugänglich zu machen. Es ist eine verpasste Gelegenheit für eine bessere Präventionspolitik, die einen Mentalitätswandel in allen Bevölkerungsschichten mit klaren Ergebnissen für die öffentliche Gesundheit hätte bewirken können.“

Bis heute komme nur ein sehr geringer Anteil des Gesundheitsbudgets der Prävention zugute.

Die von der Politik durchgesetzten Maßnahmen zwingen Mediziner dazu, gegen den hippokratischen Eid zu handeln, heißt es in dem

Offenen Brief. Das geschehe insbesondere, indem ein allgemeiner Impfstoff durchgesetzt werden soll, „der keinen umfangreichen vorherigen Tests unterzogen wird“.

„Umfassende Studien zu Grippeimpfungen zeigen, dass es uns in 10 Jahren nur dreimal gelungen ist, einen Impfstoff mit einer Wirksamkeit von mehr als 50 Prozent zu entwickeln. Die Impfung unserer älteren Menschen scheint ineffizient zu sein. Bei über 75-Jährigen ist die Wirksamkeit nahezu nicht vorhanden.“

Die Ärzte und Gesundheitsexperten betonten: „Wenn 95 Prozent der Menschen Covid-19 praktisch symptomfrei erleben, ist das Risiko einer Anwendung eines ungetesteten Impfstoffes unverantwortlich.“

Bedauerliche WHO-Rolle

Aus ihrer Sicht berichten die meisten Medien und Journalisten über die Corona-Krise nicht „so objektiv und neutral wie möglich“. Die mediale Berichterstattung gleiche „eher einer Propaganda als einer objektiven Berichterstattung“.

Alternative Meinungen und Informationen seien ignoriert oder lächerlich gemacht worden – ein Befund, der ebenso fast weltweit und besonders hierzulande gilt. Es gebe in den Medien keine offenen Debatten zur Corona-Krise und zum politischen Umgang damit, beklagen die belgischen Ärzte. Sie schrieben außerdem:

„Wir bedauern die Rolle der WHO in diesem Zusammenhang, die gefordert hat, die Infodemie (das heißt alle abweichenden Meinungen aus dem offiziellen Diskurs, auch von Experten mit unterschiedlichen Ansichten) durch eine beispiellose Medienzensur zum Schweigen zu bringen.“

Das sei für einen demokratischen Rechtsstaat inakzeptabel, so die kritischen Mediziner.

Unverhältnismäßige Politik

Sie warnten ebenso davor, dass die Notstandsgesetze gegen die international anerkannten und festgeschriebenen Menschenrechte verstoßen. Der **Europäischen Menschenrechtskonvention** (https://www.echr.coe.int/Documents/Convention_deu.pdf) nach sei die Einmischung staatlicher Behörden nur in Krisensituationen zulässig. Eine solche Situation liege aber nicht vor, seitdem klar ist, dass es die vorhergesagten Millionen Pandemie-Todesopfer nicht gibt.

„Nun, da die objektiven Fakten etwas völlig anderes zeigen, ist die Bedingung der Unfähigkeit anders zu handeln (keine Zeit, um gründlich zu beurteilen, ob ein Notfall vorliegt) nicht mehr gegeben. Covid-19 ist kein Erkältungsvirus, sondern ein gut behandelbarer Zustand mit einer Sterblichkeitsrate, die mit der der saisonalen Grippe vergleichbar ist. Mit anderen Worten, es gibt keine unüberwindbare Beeinträchtigung mehr für die öffentliche Gesundheit.“

Die Corona-Politik ist aus Sicht der Ärzte aus Belgien nicht verhältnismäßig und richte „immense Schäden“ in der Gesellschaft an. Sie gleiche einem „Vorschlaghammer“, der eingesetzt werde, „um eine Nuss zu knacken“. Die Mediziner verstehen ihren Brief als „Signal, dass ein Weitermachen auf diese Art und Weise mehr schadet als nützt“.

Inzwischen hat der Offene Brief die belgischen Grenzen überschritten und wurde von zahlreichen Ärzten und Gesundheitsexperten aus anderen Ländern mitunterzeichnet. „Auf

diese Weise wird der Offene Brief ein international getragenes Dokument, das darauf abzielt, die von Medien und Regierungen weltweit verbreitete Scheinpandemie offen zu legen“, heißt es am Schluss.

Mediale Stimmungsmache

Doch weiterhin werden Mediziner und Medizinwissenschaftler der verschiedenen Fachrichtungen, die sich kritisch zur Corona-Politik äußern, in der Öffentlichkeit diffamiert. Das reicht vom Etikett „Corona-Leugner“ über „Verschwörungstheoretiker“ bis hin zum Vorwurf, das Virus Sars-Cov-2 auf gefährliche Weise zu verharmlosen. So nahm kürzlich die *Süddeutsche Zeitung* (SDZ) die Hamburger Initiative „Ärzte für Aufklärung (<https://www.xn--rzte-fr-aufklrung-pqbn68b.de/>)“ ins Visier. Das Anliegen der Ärzte Walter Weber, Heiko Schöning und Olav Müller-Liebenau wurde schon in der Überschrift des **Beitrages** (<https://www.sueddeutsche.de/wissen/coronavirus-aerzte-querdenken-verschwoerungstheorie-1.5113239>) von Autorin Marija Barišić ins Gegenteil verkehrt: „Ärzte gegen Aufklärung“.

Zwar gelte auch für Ärzte das Recht auf freie Meinungsäußerung, wird in der *Süddeutschen* noch erklärt, aber die Argumente der kritischen Mediziner seien „aus wissenschaftlicher Sicht mindestens irreführend“. Eckhard Nagel, Arzt und Professor für Medizinmanagement an der Universität Bayreuth, fordert in dem Blatt, „die Diskrepanz zu der abgestimmten wissenschaftlichen Meinung als nicht akzeptabel“ zu thematisieren. Die Autorin geht mehrfach auf die Frage ein, ob gegen die kritischen Ärzte nicht berufsrechtlich vorgegangen werden müsste. Wer die „abgestimmte wissenschaftliche Meinung“ festgelegt haben soll, hat sie anscheinend nicht weiter interessiert.

Ähnliches ist in der aktuellen Ausgabe 12/2020 der Zeitschrift

Blätter für deutsche und internationale Politik

(<https://www.blaetter.de/>) zu lesen. Das traditionsreiche kritische, linksliberale Magazin wirbt für sich als „Insel der Vernunft“. Wie es um diese „Insel“ tatsächlich steht, zeigt der Beitrag von Blätter-Redakteurin Annett Mängel im Dezember-Heft. Er zielt derzeit die Webseite der Zeitschrift auf Platz 1 und titelt ähnlich wie die SDZ: „Corona: Ärzte gegen die Aufklärung“.

Die Redakteurin der einst als kritisch geltenden *Blätter* folgt nicht nur der Regierungslinie. Die studierte Germanistin versteigt sich auch dazu, selbst dem Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, dem Tropenmediziner Jonas Schmidt-Chanaitz und dem Virologen Hendrik Streeck vorzuwerfen, „gar nicht auf der Höhe der Pandemie-Entwicklung“ zu sein. Anlass war deren am 28. Oktober 2020 vorgestellte „**Gemeinsame Position von Wissenschaft und Ärzteschaft**“ (<https://www.kbv.de/html/48910.php>), in welcher sie vor einem erneuten Lockdown der Gesellschaft warnten.

Verordnete Maulkörbe

Wer mag, kann durchlesen, was die *Blätter* da neben weiteren Beiträgen zum Thema, die den Staat verteidigen und die Kritiker angreifen, veröffentlichen. Es sei noch darauf hingewiesen, dass Mängel selbst ausgewiesenen Fachleuten wie dem emeritierten Professor für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie Sucharit Bhakdi sowie dem Arzt und früheren SPD-Gesundheitspolitiker Wolfgang Wodarg vorwirft, „ihre verharmlosende Sicht auf das neuartige Coronavirus“ in Medien und Büchern verbreiten zu können. Sie behauptet, eine „in den sozialen Medien resonanzstarke Minderheit von Ärzten und (ehemaligen) Wissenschaftlern“ stelle die Realität in Abrede und verbreite „pseudomedizinische Munition

für unsolidarisches Verhalten“.

So sieht die bundesdeutsche Realität aus. So steht es hierzulande um die notwendige offene Debatte – und auch um die Vernunft in der Zeit der politisch gezielt eingesetzten Angstmache. Kritische Stimmen aus der bundesdeutschen Ärzteschaft sind wegen der vergifteten gesellschaftlichen und medialen Atmosphäre nur selten zu vernehmen. Wenn sich selbst mal ein Ärztefunktionär traut, in Details zu widersprechen, wird er von den Vertretern der offiziellen Linie massiv angegriffen und zurückgepfiffen.

So erging es unlängst dem Präsidenten der Bundesärztekammer, **Klaus Reinhardt** (<https://www.bundesaerztekammer.de/ueber-uns/vorstand/dr-med-i-klaus-reinhardt/>). Er hatte in der ZDF-Talkshow „Markus Lanz“ am 21. Oktober 2020 den Nutzen einfacher Alltagsmasken vor allem in der Öffentlichkeit **angezweifelt** (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-masken-aerztepraesident-100.html>). Reinhardt zeigte sich davon nicht überzeugt, „weil es auch keine tatsächliche wissenschaftliche Evidenz darüber gibt, dass die tatsächlich hilfreich sind“.

Die Reaktionen reichten bis hin zu Rücktrittsforderungen durch den SPD-Politiker Karl Lauterbach. Zwei Tage später **erklärte** (<https://www.bundesaerztekammer.de/presse/pressemitteilungen/news-detail/erklaerung-des-praesidenten-der-bundesaerztekammer-dr-klaus-reinhardt-wirksamkeit-der-schutzwirkun/>) der Ärztekammer-Präsident denn auch, er bedaure, dass seine Aussagen zu „Irritationen“ geführt hätten. Und fügte entgegen seiner Aussagen im TV hinzu: „Die aktuelle Evidenz aus vielfältigen Studien spricht für einen Nutzen des Mund-Nasen-Schutzes.“ Der Eindruck, dass es bei den „Alltagsmasken“ in Wirklichkeit um verordnete Maulkörbe geht, verharmlost sicher, was da tatsächlich geschieht.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Tilo Gräser, Jahrgang 1965, ist Diplom-Journalist. Er hat als Korrespondent für RIA Novosti Deutschland/Sputniknews gearbeitet und war bereits für verschiedene Medien und als Pressesprecher tätig. Seine Schwerpunkte sind Politik, Soziales und Geschichte.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>))** lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.